



DIGITALER RECHTSPRECHUNGS-KOMMENTAR MONATSÜBERSICHT NOVEMBER 2016, AUSGABE 66

Exakt und präzise kommentieren renommierte Expertinnen
und Experten die aktuelle Rechtsprechung.

BAU- UND IMMOBILIENRECHT

Vorkaufsrecht im Miteigentumsverhältnis

Pius Koller

Das Bundesgericht gewährt in diesem Entscheid einem Miteigentümer das gesetzliche Vorkaufsrecht an drei Grundstücken im Miteigentum, die zusammen mit drei anderen Grundstücken als Paket zu einem Gesamtpreis verkauft worden sind. Das Bundesgericht hält fest, das im Schweizerischen Recht allein die Verknüpfung von Grundstücken gemäss Art. 655a ZGB mit Eintragung im Grundbuch die Gesamtverfügung über alle Einzelgrundstücke unter Ausschluss eines gesetzlichen Vorkaufsrechts ermöglicht.

Kommentar zu: Urteil des Bundesgerichts [5A_1006/2015](#) vom 02. August 2016
Publiziert am 30. November 2016

Baubewilligung einer Remise

Pius Koller

Das Bundesgericht befasst sich in diesem Entscheid mit den Bewilligungsvoraussetzungen für eine landwirtschaftliche Remise ausserhalb der Bauzone. Es hält fest, dass für die Beurteilung der Grösse der Remise eine betriebliche Gesamtbetrachtung vorzunehmen ist. Für den Raumbedarf kann auf die Richtmasse gemäss FAT-Bericht Nr. 590/2002 abgestellt werden, welche jedoch der Verfeinerung durch betriebsspezifische Gegebenheiten bedürfen.

Kommentar zu: Urteil des Bundesgerichts [1C_567/2015](#) vom 29. August 2016
Publiziert am 30. November 2016

Bauen ausserhalb Bauzone

Geflügelmaststall in der Landwirtschafts- und Landschaftsschutzzone

Michael Ritter

Im Bundesgerichtsurteil [1C_397/2015](#) vom 9. August 2016 geht es um die Frage, ob ein geplanter Geflügelmaststall, der in der Landwirtschaftszone erstellt werden sollte und von dem sich ein Bereich in einer örtlichen Landschaftsschutzzone befindet, die Anforderungen an die Zonenkonformität erfüllt.

Kommentar zu: Urteil des Bundesgerichts [1C_397/2015](#) vom 09. August 2016
Publiziert am 29. November 2016

ERBRECHT

Décision finale - Décision partielle - Décision incidente - Décision sur l'appartenance d'un actif à un patrimoine successoral

François Logoz

Dans cette affaire, le Tribunal fédéral a jugé que la décision d'une dernière instance cantonale statuant sur l'appartenance d'un actif au patrimoine successoral dans le cadre d'une action en partage ne constituait ni une décision finale (art. 90 LTF), ni une décision partielle (art. 91 LTF)

ni une autre décision incidente (art. 93 al. 1 LTF), dès lors que le Tribunal fédéral ne pouvait rendre un jugement final en réformant la décision préjudicielle ou incidente et qu'aucun préjudice irréparable ou aucun inconvénient de nature juridique n'était manifeste ni établi.

Kommentar zu: Urteil des Bundesgerichts [5A_277/2016](#) vom 19. Juli 2016
Publiziert am 30. November 2016



KARTELLRECHT

Bundesverwaltungsgericht bestätigt die Verfügung der WEKO in Sachen «Nikon»

Gion Giger

Mit Urteil B-581/2012 vom 16. September 2016 bestätigt das Bundesverwaltungsgericht (BVGer) die Verfügung der Wettbewerbskommission (WEKO) vom 28. November 2011 in Sachen «Nikon». Das BVGer stützt damit die sehr weite territoriale Anwendbarkeit des KG und die sehr weite Auslegung von Art. 5 Abs. 4 KG im Bereich der Parallelimporte. Ausländische Vertriebsverträge, die ein explizites oder implizites Exportverbot enthalten oder inländische Vertriebsverträge, die eine Bezugspflicht in der Schweiz vorsehen, sind damit nach Art. 49a KG sanktionierbar.

Kommentar zu: Urteil des Bundesverwaltungsgerichts [B-581/2012](#) vom 16. September 2016
Publiziert am 28. November 2016

SCHKG

Gebühren für den Rückzug einer Betreibung

Milena Grob

Im Urteil [5A_172/2016](#) vom 19. August 2016 hatte das Bundesgericht zu entscheiden, ob das Betreibungsamt für den Rückzug einer Beschwerde eine Gebühr erheben darf. Die von der Vorinstanz angenommene Gebührenfreiheit für die Protokollierung eines Betreibungsrückzugs beurteilt das Bundesgericht als bundesrechtswidrig.

Kommentar zu: Urteil des Bundesgerichts [5A_172/2016](#) vom 19. August 2016, zur Publikation vorgesehen
Publiziert am 09. November 2016

STEUERRECHT

Bussen mit Strafcharakter stellen keinen geschäftsmässig begründeten Aufwand bei juristischen Personen dar

Peter von Burg

Mit Urteil [2C_916/2014](#) und [2C_917/2014](#), zur Publikation vorgesehen vom 26. September 2016 hält das Bundesgericht fest, dass Bussen und andere finanzielle Sanktionen grundsätzlich keinen geschäftsmässig begründeten Aufwand darstellen. Es verneint damit deren steuerliche Abzugsfähigkeit auch bei juristischen Personen. Eine Ausnahme sei indes bei Sanktionen möglich, welche beim betroffenen Unternehmen unrechtmässig erlangte Gewinne abschöpfen, soweit das Unternehmen den diesbezüglichen Nachweis erbringen könne.

Kommentar zu: Urteil des Bundesgerichts [2C_916/2014](#) vom 26. September 2016, zur Publikation vorgesehen
Publiziert am 07. November 2016

Die aktuellsten juristischen Neuigkeiten werden Ihnen in den Blogs kompakt zusammengefasst.

ARBEITSRECHT

Freizügigkeitsabkommen Kollektivkrankentaggeldversicherung; Regelung zur Übernahme einer Nachhaftung (amtl. Publ.)

Roland Bachmann

Kündigung aufgrund des Charakters; Missbräuchlichkeit verneint

Roland Bachmann

Ungerechtfertigte fristlose Entlassung trotz Verwarnung

Roland Bachmann



DATENSCHUTZRECHT

Pas de vidéosurveillance dans un immeuble si les locataires s'y opposent

Sylvain Métille

La surveillance secrète d'un assuré viole sa sphère privée

Sylvain Métille

IPR/IZPR UND ARBITRATION

Swiss Supreme Court confirms requirement under Swiss law to timely and expressly file objection to jurisdiction

Nathalie Voser / Katherine Bell

Swiss Supreme Court refuses to review the merits of a manifestly inadmissible petition to set aside two procedural orders

Christopher Boog

IT-RECHT

Die vom BÜPF vorgesehene anlasslose Speicherung und Aufbewahrung von Randdaten ist verfassungskonform

David Vasella

Patentverletzung durch Nachahmung; Auslegung des Patents

David Vasella

ÖFFENTLICHES VERFAHRENSRECHT UND VERWALTUNGSRECHT

Gesuch des Vereins «al Huda» zur Führung einer Privatschule mit Kindergartenstufe zu Recht abgewiesen

Fabian Klaber

Kostenlose Zuteilung von Emissionsrechten / Keine Verletzung von Verfassungsbestimmungen (amtl. Publ.)

Fabian Klaber

STRAFPROZESSRECHT

La détention avant jugement d'un mineur de moins de quinze ans

Tobias Sievert

ZIVILPROZESSRECHT

Arbitrator's procedural order is generally not subject to setting aside proceedings (Swiss Supreme Court)

Nathalie Voser / Philipp Estermann

Swiss Supreme Court refuses to vacate award for lack of arbitrator expertise

Nathalie Voser / Philip Wimalasena

L'action partielle en cas de plusieurs prétentions divisibles et le cumul d'actions

Julien Francey

Gerichtsstand am gewöhnlichen Arbeitsort

Melanie Lehmann

Teilklage, alternative objektive Klagenhäufung

Melanie Lehmann

Fallstricke bei Teilklagen in der ZPO

Andreas Dudli

EDITIONS WEBLAW

Der dRSK umfasst Rechtsprechungskommentare von über 100 Spezialisten auf mehr als 30 Rechtsgebieten. Die Expertenkommentierungen durchlaufen ein internes Peer Review anhand einer renommierten Redaktion, welches einen hohen Qualitätsstandard gewährleistet.

Neben den Expertenkommentierungen sind im dRSK Blog-Beiträge enthalten. Für die Inhalte dieser Beiträge zeichnen die Verfasser und Inhaber der Blogs verantwortlich - [Liste der Blogs](#)

Der dRSK wird separat und als Teil des Informations- und Rechercheportals Push-Service Entscheide angeboten. Die Besprechungen sind über einen Zitiervorschlag und Randziffern zitierfähig.

Statistik:

Abonnentinnen und Abonnenten "digitaler Rechtsprechungs-Kommentar (dRSK)": 4468

Information und [Impressum](#):

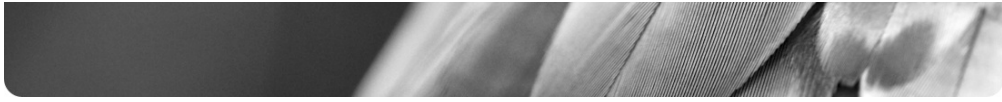
info@weblaw.ch | T +41 31 380 57 77

ISSN 1663-9995. Editions Weblaw.

Abmeldungen und Adress-Änderungen: Login unter <https://register.weblaw.ch>. Unter dem Navigationspunkt «Profildaten bearbeiten» und folgend «E-Mail Adressen» können Sie die Monatsübersicht zum dRSK abbestellen bzw. Adress-Änderungen vornehmen.

Bitte antworten Sie nicht auf diese E-Mail, sondern benutzen Sie die oben erwähnten Kontaktinformationen.

<https://drsk.weblaw.ch>



Weblaw AG | Schwarztörstrasse 22 | 3007 Bern
T +41 31 380 57 77 | F +41 31 380 57 78 | info@weblaw.ch

